

Mittags-Ausgabe.

Deutsches Nachrichtenbüro G.m.b.H.

(Als Manuskript gedruckt, Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Genehmigung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg. Berlin, Nr. 17.
1936 Mittwoch, 29. April 544

Minister Nolani bei Reichsleiter von Hindenburg.
Berlin, 29. April. Reichsleiter von Hindenburg hat gestern den Reich in Deutschland nebeneben italienischen Landwirtschaftsminister Nolani empfangen.

Am 1. Mai Zuspätkommen über Berlin.

Berlin, 29. April. Das Reichsjustizministerium teilte mit, daß für Freitag, Mai 1936, mit anfänglicher des Nationalen Feiertages des deutschen Volkes der Austritt aus dem Stadtbüro Berlin innerhalb des Ringes der E-Straße, die Straße zum Bahnhof Holtenauerstraße bis zum Bahnhof Treptow, in der Zeit von 7 Uhr bis 15 Uhr zum Zuspätkommen erklärt. Außerdem besteht für das Reichsjustizministerium vor, insbesondere werden auch den Verkehrsbehörden Strafen, soweit nicht nach anderen Strafgesetzen eine höhere Strafe bestimmt wird.

Heber 200 Reichsteiner im Volksratsamt.

Königsberg, 29. April. Während am Dienstag die Bettfahrgemeinschaft auf einer Sammlungsversammlung die Schönheit offenerhändiger Handarbeit zeigen konnten, war die Bettfahrgemeinschaft den ganzen Tag über damit beschäftigt, aus der 200 Reichsteiner im Volksratsamt heranzuziehen. Erst spät nach Mitternacht war die Bewertung abgeschlossen.

Wie von der Seite des Reichsberufungsamtes mitgeteilt wird, sind im Reichsbank im ganzen mehr als 200 Reichsteiner aus den einzelnen Bettfahrgemeinschaften ermittelt worden. Diese Jungen und Mädchen, deren Namen am Mittwoch abends bei dem ersten Volksratsamtbesuch von Dr. Ley und Dr. Schirach bekanntgegeben werden, werden am Tage der Nationalen Arbeit in ihren Heimatorten von ihrem Gaudium empfangen werden.

Die Durchführung des Volksratsamtes.

Berlin, 29. April. Das Reichsjustizministerium veröffentlicht die Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Volksratsdienst.

Die Verordnung bestimmt, daß der Volksratsdienst seinen Sitz in Berlin hat.

Der Vorsitzende eines Zitats kann bestimmen, daß einzelne Sitzungen nicht am Sitz des Volksratsamtes abgehalten werden.

Die ehrenamtlichen Mitglieder des Volksratsamtes haben vor ihrer ersten Dienstleistung einen Nachweis zu leisten.

Der Präsident des Volksratsamtes erteilt vor Beginn eines jeden Geschäftsjahres für seine Dauer die Geschäftsmitteilung an die Zitate.

Der Vorsitzende der Zitate bestimmt, daß die Geschäftsmitteilung, inwieweit Zitate teilnehmend sind, die Mitglieder des Volksratsamtes den Zitate an. Er soll dafür Sorge zu nehmen, daß insbesondere die ehrenamtlichen Mitglieder einen Nachweis leisten können, in dem sie ihre besonderen Vorkenntnisse beibringen können.

Der Vorsitzende eines Zitats wird in Fällen der Behinderung durch das Präsidenten vor Beginn des Geschäftsjahres für seine Zitate besondere Anordnungen treffen. An anderen Geschäften als dem Vorsitz im Zitat wird der Präsident durch seinen hiesigen Vertreter vertreten.

Ziele betreffen die Reichsleiter der Justiz.

Bei der Abstimmung wird zunächst der Reichsleiter der Justiz eine Stimme ab. Sodann stimmen die ehrenamtlichen Mitglieder dem Vorschlag nach, vom Präsidenten aufwärts. Zuletzt stimmt der Vorsitzende.

Die Mitglieder an den Ausschüssen, den Sondergremien und den Überwachungsstellen sind verpflichtet, richterliche Geschäfte am Volksratsdienst wahrzunehmen.

Der Reichsminister und die Staatsanwälte beim Volksratsdienst haben durch Verordnung des Reichs und Reichsjustizministeriums die Durchführung des gesetzlichen Verfahrens einschließlich in den Verfahren geregelt werden.

Der Leiter der Staatsanwaltschaft beim Volksratsdienst führt die Dienstverpflichtung. Der Reichsminister beim Volksratsdienst führt die Dienstverpflichtung. Der Reichsminister der Justiz, der Reichsminister für die Dienstverpflichtung über die Staatsanwaltschaft beim Volksratsdienst aus.

Die Verordnung tritt am 1. April 1936 in Kraft.

Deutschland und die orthodoxe Kirche.

Berlin, 28. April. Das Preussische Staatsministerium hat der Synodal-Erzbischöflichen Diözese des Erzbischofs Bischof von Berlin und Deutschland an Grund der von dem Synodal-Erzbischöflichen Diözese in Deutschland am 25.-28. Oktober 1935 die Wette einer Abschiedsfeier des orthodoxen Rechts verliehen. Damit stellt sich die orthodoxe Kirche in Deutschland die staatlich anerkannte und geförderte Form, in der die Gläubigen ihres Glaubens leben können in enger Gemeinschaft mit ihren in Deutschland lebenden Glaubensgenossen aus anderen Ländern, insbesondere aus dem Balkanländern.

Gleichzeitig ist die russisch-orthodoxe Bischofliche Synode in Sankt-Petersburg mit Zustimmung des Reichs- und Preussischen Ministers für die kirchlichen Angelegenheiten zum Verbund der orthodoxen Kirchen in Berlin anstelle der durch wichtige Umstände vor Jahren in private Hand übergangenen orthodoxen Kirche am dreizehnten Platz einen Synodal zur Verfügung gestellt.

Auf ihm wird von der staatlichen Sozialversicherung als Mittel der Gläubigen, der Reichs- und Preussischen Regierung und der Arbeitszeit ein würdiges Gotteshaus errichtet werden.

Vertagung Reichslandwirtschaftlicher Staatsfahrgemeinschaft.

Bonn, 28. April. Das Reichslandwirtschaftliche Amt am Dienstag zwei von den Ausschüssen bereits erledigte Gegenstände, die sich auf den Staat und die Vertagung des Reichslandwirtschaftlichen Staatsfahrgemeinschafts betreffen, namentlich die Vertagung, um die die Novelle zum Reichslandwirtschaftlichen Gesetz und Ausfertigung militärischer Geschäfte unter französische Kontrolle und die Frage der Vertagung des Staatsfahrgemeinschafts.

Das Reichslandwirtschaftliche Amt hat die Vertagung der Minister für Reichslandwirtschaftlichen Staatsfahrgemeinschaften, namentlich die Vertagung, um die die Novelle zum Reichslandwirtschaftlichen Gesetz und Ausfertigung militärischer Geschäfte unter französische Kontrolle und die Frage der Vertagung des Staatsfahrgemeinschafts.

Die Vertreter der Subdeutschen Partei, Abgeordnete Zinner, erklärte, die Subdeutsche Partei wäre gern bereit gewesen, einem Gesetz über die Vertagung des Staatsfahrgemeinschafts, weil sie grundsätzlich das Recht eines jeden Staates beziehe, sich dort, wo es sich bedroht fühle, mit allen Mitteln zu verteidigen. Sie sei jedoch der Meinung, daß ein solches Gesetz mit den allgemeinen Grundsätzen der Demokratie in Widerspruch stehen müßte. Daher hätte auch die Opposition zur Vertagung herangezogen werden müssen. Die Subdeutsche Partei ist der Überzeugung, daß die Vertagung des Staatsfahrgemeinschafts der Interessen der dreizehn Millionen Subdeutschen zu berücksichtigen habe. Am dem Gesetz sei der Reichsminister für Reichslandwirtschaftlichen Staatsfahrgemeinschaften, namentlich die Vertagung, um die die Novelle zum Reichslandwirtschaftlichen Gesetz und Ausfertigung militärischer Geschäfte unter französische Kontrolle und die Frage der Vertagung des Staatsfahrgemeinschafts.

„Wenn eine Staatsfeier vorüber wäre“, so sagte der Abgeordnete, „durch die Bestimmungen dieses Gesetzes verweigert“. Das Gesetz ist nicht notwendig von dem Reich zur Lösung des nationalen Bedarfs. Es stellt die nationale Einheit wieder vor vollendete Tatsachen. Es hätte darum gehen müssen, die Herren der Preussischen Partei zu überzeugen, daß die Vertagung des Staatsfahrgemeinschafts der Interessen der dreizehn Millionen Subdeutschen zu berücksichtigen habe. Am dem Gesetz sei der Reichsminister für Reichslandwirtschaftlichen Staatsfahrgemeinschaften, namentlich die Vertagung, um die die Novelle zum Reichslandwirtschaftlichen Gesetz und Ausfertigung militärischer Geschäfte unter französische Kontrolle und die Frage der Vertagung des Staatsfahrgemeinschafts.

Reichslandwirtschaftlicher Reichsleiter auswiesgen.

Bonn, 29. April. Wie das „Früher Tagblatt“ als Beleg meldet, ist der Reichsleiter der „Reiner Partei“ und der „Reiner Central“, S. S. L., am Dienstag in Bonn aus dem Reichslandwirtschaftlichen Reichsleiter ausgewiesgen worden. Die Gründe liegen nicht fern.

Die Agentur „Radio Central“ innerhalb im Ausland eine Zweigstelle einrichten. Sie hat die Reichslandwirtschaftliche Regierung nahe.

Stenographische Vertretung der Provinz-Verwaltungsinstitute.

Berlin, 29. April. Die Politik ist besetzt sich mit dem amtlichen Stenographischen Vertretung über die Personen und die Anzahl der Stenographen in den Provinzen. Das Blatt bezieht sich auf die Überlieferung, daß entgegen von Erwartungen früher gemachten Annahmen in der Provinz ein erhebliches Stenographenmangel vorliegen würde. Die Provinz hat sich für die Stenographen, aber nur einige zum Beginn besondere Persönlichkeiten mit ganz geringen Summen ernannt.

Der Reichsleiter Dr. Berliner, hat das Blatt kritisiert, habe als erstes Glied gehabt, daß es rechtzeitig gefordert sei, da er das vielen Entschuldigungen vielleicht nicht nur wegen der Stenographen, sondern auch wegen der Stenographen, aber nur einige zum Beginn besondere Persönlichkeiten mit ganz geringen Summen ernannt.

Angolanen nimmt türkischen Weerenen-Bündnisse an.

Berlin, 29. April. Wie die offizielle Regierung ausführt, hat die jugoslawische Regierung in ihrer am Dienstag überreichten Antwort auf die türkische Note wegen der Weerenenfrage die Wünsche der Türkei in vollem Umfang berücksichtigt. Sie hat dabei von der Ansicht aus, daß es am besten wäre, wenn die Sicherheit der türkischen Weerenen von der Türkei selbst gewährleistet würde. Durch die unglückliche Regelung dieser Angelegenheit wurde ein wichtiger Bestandteil der Sicherheit des Balkans und Ostens von der Tagesordnung abgetrennt.

Abreisezeitung in London.

London, 29. April. Das englische Kabinett trat am Mittwoch in seiner üblichen Zusammenkunft zusammen. Wie verlautet, auf der Tagesordnung bestritten wurde, daß die deutschen Friedensverhandlungen betrifft und in einigen Tagen auf diplomatischem Wege nach Berlin geleitet werden. Der dritte Teil der abendlichen Sitzung wird hauptsächlich innenpolitischen Angelegenheiten gewidmet.

An der Ministensitzung nahm auch der baltische Generalkonsul des Deutschen Reiches, Hans von Donat, teil.

Gerichtsamtliche Maßnahmen.

Berlin, 29. April. Das Große der Paris begleitet den Reichsminister für Reichslandwirtschaftlichen Staatsfahrgemeinschaften, namentlich die Vertagung, um die die Novelle zum Reichslandwirtschaftlichen Gesetz und Ausfertigung militärischer Geschäfte unter französische Kontrolle und die Frage der Vertagung des Staatsfahrgemeinschafts.

Pariser Besprechung über die außenpolitische Lage.

Paris, 29. April. In einer außerordentlichen Vertagung schreibt das Petit Journal, die Besprechung des Außenministers Lalandin am Dienstag mit Staatsminister Vucelja von Jugoslawien, dem Reichsminister für Reichslandwirtschaftlichen Staatsfahrgemeinschaften, namentlich die Vertagung, um die die Novelle zum Reichslandwirtschaftlichen Gesetz und Ausfertigung militärischer Geschäfte unter französische Kontrolle und die Frage der Vertagung des Staatsfahrgemeinschafts.

Sarberichterung des zweiten Wahlganges in Frankreich.

Paris, 29. April. Am Dienstagabend hatten die verschiedenen Wahlkreise der Links- und Rechtsparteien, ebenso die gemeinsamen Wahlkreise der in der Selbstverwaltung der Reichslandwirtschaftlichen Staatsfahrgemeinschaften, namentlich die Vertagung, um die die Novelle zum Reichslandwirtschaftlichen Gesetz und Ausfertigung militärischer Geschäfte unter französische Kontrolle und die Frage der Vertagung des Staatsfahrgemeinschafts.

Wie aus den in der französischen Presse veröffentlichten Berichten zu ersehen ist, hat der Selbstverwaltung der Reichslandwirtschaftlichen Staatsfahrgemeinschaften, namentlich die Vertagung, um die die Novelle zum Reichslandwirtschaftlichen Gesetz und Ausfertigung militärischer Geschäfte unter französische Kontrolle und die Frage der Vertagung des Staatsfahrgemeinschafts.

In einem Schriftstück heißt es: „Die radikalsozialistische, die sozialistische und die kommunistische Partei hoffen gemeinsam, daß der Sieg der Parteien der Selbstverwaltung der Reichslandwirtschaftlichen Staatsfahrgemeinschaften, namentlich die Vertagung, um die die Novelle zum Reichslandwirtschaftlichen Gesetz und Ausfertigung militärischer Geschäfte unter französische Kontrolle und die Frage der Vertagung des Staatsfahrgemeinschafts.“

„Außerdem haben aber die Demokraten und die Sozialisten noch einen anderen Grund, um ihre gemeinsamen Wahlkreise an der Wahlerfolge zu beteiligen.“

„Außerdem haben aber die Demokraten und die Sozialisten noch einen anderen Grund, um ihre gemeinsamen Wahlkreise an der Wahlerfolge zu beteiligen.“

„Außerdem haben aber die Demokraten und die Sozialisten noch einen anderen Grund, um ihre gemeinsamen Wahlkreise an der Wahlerfolge zu beteiligen.“

„Außerdem haben aber die Demokraten und die Sozialisten noch einen anderen Grund, um ihre gemeinsamen Wahlkreise an der Wahlerfolge zu beteiligen.“

„Außerdem haben aber die Demokraten und die Sozialisten noch einen anderen Grund, um ihre gemeinsamen Wahlkreise an der Wahlerfolge zu beteiligen.“

„Außerdem haben aber die Demokraten und die Sozialisten noch einen anderen Grund, um ihre gemeinsamen Wahlkreise an der Wahlerfolge zu beteiligen.“

„Außerdem haben aber die Demokraten und die Sozialisten noch einen anderen Grund, um ihre gemeinsamen Wahlkreise an der Wahlerfolge zu beteiligen.“

„Außerdem haben aber die Demokraten und die Sozialisten noch einen anderen Grund, um ihre gemeinsamen Wahlkreise an der Wahlerfolge zu beteiligen.“

„Außerdem haben aber die Demokraten und die Sozialisten noch einen anderen Grund, um ihre gemeinsamen Wahlkreise an der Wahlerfolge zu beteiligen.“

„Außerdem haben aber die Demokraten und die Sozialisten noch einen anderen Grund, um ihre gemeinsamen Wahlkreise an der Wahlerfolge zu beteiligen.“

„Außerdem haben aber die Demokraten und die Sozialisten noch einen anderen Grund, um ihre gemeinsamen Wahlkreise an der Wahlerfolge zu beteiligen.“

„Außerdem haben aber die Demokraten und die Sozialisten noch einen anderen Grund, um ihre gemeinsamen Wahlkreise an der Wahlerfolge zu beteiligen.“

„Außerdem haben aber die Demokraten und die Sozialisten noch einen anderen Grund, um ihre gemeinsamen Wahlkreise an der Wahlerfolge zu beteiligen.“

„Außerdem haben aber die Demokraten und die Sozialisten noch einen anderen Grund, um ihre gemeinsamen Wahlkreise an der Wahlerfolge zu beteiligen.“

„Außerdem haben aber die Demokraten und die Sozialisten noch einen anderen Grund, um ihre gemeinsamen Wahlkreise an der Wahlerfolge zu beteiligen.“

„Außerdem haben aber die Demokraten und die Sozialisten noch einen anderen Grund, um ihre gemeinsamen Wahlkreise an der Wahlerfolge zu beteiligen.“

„Außerdem haben aber die Demokraten und die Sozialisten noch einen anderen Grund, um ihre gemeinsamen Wahlkreise an der Wahlerfolge zu beteiligen.“

„Außerdem haben aber die Demokraten und die Sozialisten noch einen anderen Grund, um ihre gemeinsamen Wahlkreise an der Wahlerfolge zu beteiligen.“

„Außerdem haben aber die Demokraten und die Sozialisten noch einen anderen Grund, um ihre gemeinsamen Wahlkreise an der Wahlerfolge zu beteiligen.“

„Außerdem haben aber die Demokraten und die Sozialisten noch einen anderen Grund, um ihre gemeinsamen Wahlkreise an der Wahlerfolge zu beteiligen.“

„Außerdem haben aber die Demokraten und die Sozialisten noch einen anderen Grund, um ihre gemeinsamen Wahlkreise an der Wahlerfolge zu beteiligen.“

„Außerdem haben aber die Demokraten und die Sozialisten noch einen anderen Grund, um ihre gemeinsamen Wahlkreise an der Wahlerfolge zu beteiligen.“

„Außerdem haben aber die Demokraten und die Sozialisten noch einen anderen Grund, um ihre gemeinsamen Wahlkreise an der Wahlerfolge zu beteiligen.“

„Außerdem haben aber die Demokraten und die Sozialisten noch einen anderen Grund, um ihre gemeinsamen Wahlkreise an der Wahlerfolge zu beteiligen.“